

## Koalitionspräferenzen von Wählern und Parteien und ihr Einfluss auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2009

Marc Debus

Wahlkämpfe in Deutschland sind – bedingt durch das zunehmend „fluide“ Parteiensystem<sup>1</sup> – maßgeblich geprägt von den Koalitionsaussagen der Parteien, die wiederum Konsequenzen für den Regierungsbildungsprozess sowie für das legislative Handeln und Entscheiden politischer Akteure nach sich ziehen.<sup>2</sup> Während im Zuge der Bildung der Großen Koalition aus Union und SPD nach der Bundestagswahl 2005 noch der Anschein bestand, dass es zu einer Auflockerung der beiden fest gefügten koalitionspolitischen Lager aus Christ- und Freidemokraten einerseits sowie SPD, Bündnis 90/Die Grünen und – partiell – der Linken andererseits kommen würde, so sind die Bündnisgrünen nur unter starken innerparteilichen Widerständen auf die Union in Hamburg 2008 und auf CDU und FDP im Saarland 2009 zugegangen, während sich die Liberalen – wie etwa im Rahmen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom Mai 2010 – gar nicht gegenüber einer „Ampelkoalition“ geöffnet haben. Die Ergebnisse der vorgezogenen Neuwahl zum Hessischen Landtag im Januar 2009 haben zudem deutlich gemacht, dass eine im Regierungsbildungsprozess getätigte Abkehr von vorab festgelegten Koalitionsaussagen mit einem massiven Vertrauensverlust auf Wählerebene einhergehen kann, dessen Folge – wie im Fall der hessischen Sozialdemokraten – hohe Stimmenverluste sein können.<sup>3</sup> Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass von den Parteien ausgesandte Koalitionssignale nicht nur von hoher Sichtbarkeit

- 1 Vgl. Oskar Niedermayer, Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009, in: *ders.* (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2011, S. 7 – 35.
- 2 Vgl. Sabine Kropp, Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Wiesbaden 2001; Wolfgang Rudzio, Koalitionen in Deutschland: Flexibilität informellen Regierens, in: Sabine Kropp / Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm (Hrsg.), *Koalitionen in West- und Osteuropa*, Opladen 2002, S. 41 – 67; Thomas Bräuninger / Marc Debus, Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern, in: PVS, 49. Jg. (2008), H. 2, S. 309 – 338; Frank Decker, Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 431 – 453; *ders.*, Koalitionsaussagen und Koalitionsbildung, in: APuZ, 51/2009, S. 20 – 26; Frank Decker / Volker Best, Looking for Mr. Right? A Comparative Analysis of Parties' 'Coalition Statements' Prior to the Federal Elections of 2005 and 2009, in: German Politics, 19. Jg. (2010), H. 2, S. 164 – 182; Evelyn Bytzek / Sascha Huber, Koalitionen und strategisches Wählen, in: Hans Rattinger / Sigrid Roßteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Bernhard Weßels (Hrsg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden 2011, S. 247 – 263; Marc Debus, Parteienwettbewerb, Regierungsbildung und Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2009, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 281 – 306.
- 3 Vgl. Kaare Strom / Wolfgang C. Müller, Political Parties and Hard Choices, in: *dies.* (Hrsg.), *Policy, Office, or Votes?*, Cambridge 1999, S. 1 – 35; Thomas Poguntke, Winner Takes All: The FDP in 1982-1983: Maximizing Votes, Office, and Policy?, in: ebenda, S. 216 – 236; Rüdiger Schmitt-Beck / Thorsten Faas, Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Wiederkehr der „hessischen Verhältnisse“, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 1, S. 16 – 34; *dies.*, Die hessische Landtagswahl vom 18. Januar 2009: Der „ewige Koch“, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 358 – 370.

für die Wähler, sondern auch ein entscheidender Faktor bei der Wahlentscheidung sein können.<sup>4</sup>

Aufbauend auf der Literatur zum inhaltlich-ergebnisorientierten und taktischen Wählen<sup>5</sup> einerseits sowie zum responsiven Handeln parteipolitischer Akteure in modernen Demokratien<sup>6</sup> andererseits verfolgt dieser Beitrag zwei Fragestellungen, die wiederum Implikationen für die Theorien der Regierungs- und Koalitionsbildung sowie für den Wahlkampf zur kommenden Bundestagswahl 2013 nach sich ziehen. Zum einen wird untersucht, ob die Koalitionspräferenzen bei der Bundestagswahl 2009 zwischen Parteien und ihren Anhängern übereinstimmen, zum zweiten, inwiefern der Grad der Befürwortung beziehungsweise Ablehnung einer Koalitionsvariante einen signifikanten Einfluss auf die Wahlabsicht hatte, selbst wenn für andere, das Wahlverhalten beeinflussende Faktoren kontrolliert wird. Die Ergebnisse, die auf den Daten der German Longitudinal Election Study (GLES) beruhen, zeigen, dass die Koalitionspräferenzen der Parteianhänger den Aussagen der Parteien weitgehend, jedoch mit einigen signifikanten Ausnahmen folgen und dass der Grad der Ab- beziehungsweise Zuneigung gegenüber einer Koalitionsoption einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Wahlabsicht und damit auf das individuelle Wahlverhalten ausübt.

### 1. Koalitionsorientiertes Wählen: Theoretische Grundlagen, Erwartungen und Implikationen für das Handeln von Parteien

Wähler in Demokratien, die durch die parlamentarische Repräsentation von drei oder mehr Parteien gekennzeichnet sind, stehen im Vorfeld ihrer Stimmabgabe vor dem Problem, dass nicht unbedingt die stimmenstärkste Partei beziehungsweise die größte Fraktion im Parlament auch Teil der künftigen Regierung sein wird. Weil in einem hypothetischen Parlament, das aus drei Fraktionen besteht, von denen keine über die Mehrheit der Mandate verfügt, die zwei kleineren Gruppierungen gegen die größte ein Bündnis – in Form einer Koalition oder auch auf Basis einer lockeren Absprache – bilden und somit die Regierung stellen können, ergibt sich für das Elektorat wie auch für die Parteien die Schlussfolgerung, dass nicht automatisch ein hoher Stimmenanteil im Zuge des Stimmenmaximierungsprinzips („vote-seeking“) zum Gewinn von Ämtern („office-seeking“) und damit zur Implementation politischer Inhalte („policy-seeking“) führen muss.<sup>7</sup>

4 Vgl. *Eric Linhart*, Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005, in: PVS, 48. Jg. (2007), H. 3, S. 461 – 484.

5 Vgl. *James F. Adams* / *Samuel Merrill* / *Bernard Grofman*, A Unified Theory of Party Competition, Cambridge 2005; *Thomas Gschwend* / *Marc Hoogbe*, Should I Stay or Should I Go? An Experimental Study on Voter Responses to Pre-Electoral Coalitions, in: *European Journal of Political Research*, 47. Jg. (2008), H. 5, S. 556 – 577; *Mathias Bargsted* / *Orit Kedar*, Coalition-Targeted Duvergerian Voting: How Expectations Affect Voter Choice under Proportional Representation, in: *American Journal of Political Science*, 53. Jg. (2009), H. 2, S. 307 – 323; *Susumu Shikano* / *Michael Herrmann* / *Paul W. Thurner*, Strategic Voting under Proportional Representation: Threshold Insurance in German Elections, in: *West European Politics*, 32. Jg. (2009), H. 3, S. 630 – 652; *Evelyn Bytzek* / *Thomas Gschwend* / *Sascha Huber* / *Eric Linhart* / *Michael Meffert*, Koalitionssignale bei der Bundestagswahl 2009 und deren Auswirkungen auf strategisches Wahlverhalten, in: PVS, Sonderheft 45/2011, „Wählen in Deutschland“, Baden-Baden 2012, S. 393 – 418.

6 Vgl. etwa *G. Bingham Powell*, The Chain of Responsiveness, in: *Journal of Democracy*, 15. Jg. (2004), H. 1, S. 91 – 105.

7 Vgl. *Kaare Strøm* / *Wolfgang C. Müller*, a.a.O. (Fn. 3).

Somit ergeben sich für die Wähler in manchen Situationen Anreize, nicht die eigentlich präferierte Partei zu unterstützen, sondern sich für andere Parteien, die der eigenen inhaltlichen Ausrichtung ebenfalls nahestehen, zu entscheiden. Beispiele für solche Situationen gab es – insbesondere in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – schon öfter: So errang die FDP bei der Bundestagswahl 1961 ihr – mit Ausnahme der Wahl 2009 – bestes Ergebnis von 12,8 Prozent der Stimmen, da sie sich auf eine Koalition mit der Union, jedoch ohne Kanzler *Konrad Adenauer* festlegte.<sup>8</sup> Dies brachte den Freien Demokraten einen Zulauf von CDU/CSU-Anhängern, die zwar einen Wechsel in der Position des Bundeskanzlers wünschten, nicht aber eine Änderung der Politikinhalte, die sich durch eine Regierungsbeteiligung der SPD ergeben hätte. Bei der Bundestagswahl 1980, die eine starke ideologische Polarisierung durch die Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten *Franz Josef Strauß* erfahren hatte, verlagerte sich die wahrgenommene ideologische Position der Unionsparteien nach rechts.<sup>9</sup> Daher lag für moderat ausgerichtete Unionsanhänger die Wahl der FDP nahe, so dass die Freien Demokraten eine stärkere Position innerhalb der sozialliberalen Koalition einnehmen und auf diese Weise ihre, insbesondere den wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen vieler CDU/CSU-Wähler näher kommenden Policy-Präferenzen in diesem Politikbereich verstärkt implementieren konnten.

Eine solche Form des taktischen Wählens ist Grundlage zahlreicher Studien, die nicht nur Wahlen zum Deutschen Bundestag behandeln<sup>10</sup>, sondern auch Wahlen zu Parlamenten in anderen modernen Demokratien heranziehen.<sup>11</sup> In einem aktuellen Aufsatz, der ebenfalls die Bundestagswahl 2009 thematisiert, analysieren *Evelyn Bytzek*, *Thomas Gschwend*, *Sascha Huber*, *Eric Linhart* und *Michael Meffert* die Auswirkungen von Koalitionssignalen auf das strategische Wahlverhalten und simulieren dabei auf Grundlage der Wahlstudie zur Bundestagswahl 2009 (GLES) Veränderungen in den Koalitionspräferenzen der Parteien.<sup>12</sup> Dieser Studie zufolge beeinflussen die den Befragten suggerierten Änderungen in den Koalitionsaussagen der Parteien in der Tat die Wahlabsicht und können somit das Wahlergebnis

8 Vgl. *Karl-Rudolf Korte*, Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im „Superwahljahr“, in: APuZ, 38/2009, S. 3 – 8, S. 7.

9 Vgl. *Manfred Berger* / *Wolfgang G. Gibowski* / *Dieter Roth* / *Wolfgang Schulte*, Stabilität und Wechsel: Eine Analyse der Bundestagswahl 1980, in: *Max Kaase* / *Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 12 – 57.

10 Vgl. *Franz U. Pappi* / *Paul Thurner*, Electoral Behaviour in a Two-Vote System: Incentives For Ticket Splitting in German Bundestag Elections, in: *European Journal of Political Research*, 41. Jg. (2002), H. 2, S. 207 – 232; *Thomas Gschwend* / *Ron Johnston* / *Charles Pattie*, Split-Ticket Patterns in Mixed-Member Proportional Election Systems: Estimates and Analyses of Their Spatial Variation at the German Federal Election 1998, in: *British Journal of Political Science*, 33. Jg. (2003), H. 1, S. 109 – 127; *Thomas Gschwend*, Ticket-Splitting and Strategic Voting under Mixed Electoral Rules: Evidence from Germany, in: *European Journal of Political Research*, 46. Jg. (2007), H. 1, S. 1 – 23; *Susumu Shikano* / *Michael Herrmann* / *Paul W. Thurner*, a.a.O. (Fn. 5).

11 Siehe etwa *Ikuo Kabashima* / *Stephen Reed*, Voter Reactions to ‘Strange Bedfellows’: The Japanese Voter Faces a Kaleidoscope of Changing Coalitions, in: *Japanese Journal of Political Science*, 1. Jg. (2000), H. 2, S. 229 – 248; *Sona Golder*, Pre-Electoral Coalitions in Comparative Perspective: A Test of Existing Hypotheses, in: *Electoral Studies*, 24. Jg. (2005), H. 4, S. 643 – 663; *dies.*, Pre-Electoral Coalition Formation in Parliamentary Democracies, in: *British Journal of Political Science*, 36. Jg. (2006), H. 2, S. 193 – 212; *Thomas Gschwend* / *Marc Hooghe*, a.a.O. (Fn. 5).

12 Vgl. *Evelyn Bytzek* / *Thomas Gschwend* / *Sascha Huber* / *Eric Linhart* / *Michael Meffert*, a.a.O. (Fn. 5).

in signifikanter Form verändern. Während die abhängige Variable in dieser Untersuchung Variationen in der Wahlabsicht aufgrund sich verändernder Kontextfaktoren darstellt, liegt das theoretische Argument im vorliegenden Beitrag auf der Kongruenz der Koalitionspräferenzen zwischen Parteien und Wählern und dem Einfluss des „Koalitionswunsches“ auf die Wahlabsicht insgesamt.

Warum sollte der Grad an Kongruenz zwischen Wählern und Parteien von besonderer Bedeutung sein? Begründungen hierfür liefern theoretisch-normative Modelle zum responsiven Regieren in modernen Demokratien einerseits, an ergebnisorientiertem Wählen ausgerichtete Erklärungsansätze des Wahlverhaltens andererseits. Erstere heben darauf ab, dass seitens der politischen Akteure a priori festgelegte und im Wahlkampf verbreitete Politikziele, zu denen auch Koalitionsaussagen gehören, nach der Wahl das Handeln der Parteien – in Regierung oder Opposition – prägen. So sollten die Inhalte von Koalitionsabkommen und/oder Regierungserklärungen die programmatischen Positionen widerspiegeln, die die Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen geäußert haben.<sup>13</sup> Wenn sich etwa Parteien nicht an die vorab getätigten Koalitionsaussagen halten, hat dies nicht nur einen Vertrauensverlust der Wähler hinsichtlich parteipolitischer Orientierungen zur Folge. Vielmehr kann dies auch zu anderen Politikergebnissen führen, die den Interessen und inhaltlich-programmatischen Präferenzen eines Teils der Wählerschaft der Partei, die die Koalitionsaussage nicht eingehalten hat, zuwiderlaufen. Daher ist zu erwarten, dass die Parteien alles daran setzen, ihre inhaltlichen Positionen wie auch die – zudem noch im Wahlkampf besonders sichtbar kommunizierten – Koalitionsaussagen nach der Wahl einzuhalten und in die Tat umzusetzen. Andernfalls droht ein Vertrauensverlust, der sich bei folgenden Wahlen in Stimmenverlusten äußern kann.

Solch ein auf die Politikergebnisse ausgerichtetes ergebnisorientiertes Handeln leitet über zum Aspekt inhaltlichen, an der Durchsetzung von Interessen orientierten Wählens und der Implikationen dieser theoretischen Ansätze für die Orientierung der Wähler an den Koalitionsaussagen der Parteien. Zur Illustration des Mechanismus koalitionsorientierten Wählens bieten sich auf inhaltlichen Distanzen beruhende Modelle an, die auf der Studie von *Downs* basieren.<sup>14</sup> Wähler entscheiden sich demzufolge für die Partei, deren Idealpunkt ihrem eigenen in einem ein- oder mehrdimensionalen Politikraum am nächsten kommt. In einer Studie, die die Parlamentswahlen in Israel 1996 untersucht, kommen *Mathias Bargsted* und *Orit Kedar* zu dem Ergebnis, dass die Erwartungen an die parteipolitische Zusammensetzung der nächsten Regierung das Wahlverhalten in entscheidender

13 Vgl. *Hans-Dieter Klingemann / Richard Hofferbert / Ian Budge* (Hrsg.), *Parties, Policies, and Democracy*, Boulder 1994; *Thomas König / Andrea Volkens / Thomas Bräuninger*, Regierungserklärungen von 1949 bis 1998. Eine vergleichende Untersuchung ihrer regierungsinternen und -externen Bestimmungsfaktoren, in: *ZParl*, 30. Jg. (1999), H. 3, S. 641 – 659; *Jacques Thomassen / Hermann Schmitt*, Issue Congruence, in: *Hermann Schmitt / Jacques Thomassen* (Hrsg.), *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, Oxford 1999, S. 186 – 208; *Paul V. Warwick*, Coalition Policy in Parliamentary Democracies. Who Gets How Much and Why, in: *Comparative Political Studies*, 34. Jg. (2001), H. 10, S. 1212 – 1236; *Michael McDonald / Ian Budge*, Elections, Parties, Democracy: Conferring the Median Mandate, Oxford 2005; *Paul V. Warwick*, Voters, Parties, and Declared Government Policy, in: *Comparative Political Studies*, 44. Jg. (2011), H. 12, S. 1675 – 1699.

14 Vgl. *Anthony Downs*, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957; *Bernard Grofman*, Downs and Two-Party Convergence, in: *Annual Review of Political Science*, 7. Jg. (2004), H. 1, S. 25 – 46.

Form beeinflussen.<sup>15</sup> Wenn die Chance auf Regierungsbeteiligung der eigentlich auf Grundlage der ideologisch-programmatischen Nähe bevorzugten Partei als gering eingeschätzt wird, dann steigt die Wahrscheinlichkeit signifikant an, dass sich ein Wähler gemäß des Distanzmodells für die „zweitbeste“ Option hinsichtlich der subjektiv wahrgenommenen ideologischen Nähe entscheidet. Dieser Effekt bleibt auch dann stabil, wenn für andere Faktoren, die theoriegeleitet einen Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben, kontrolliert wird.

Wenn aufgrund der Anordnung des Parteiensystems die Alleinregierung einer Partei unwahrscheinlich erscheint, sollten Wähler nicht nur die Wahl einer Partei, sondern auch eine Koalition von Parteien bevorzugen, deren erwartete Policy-Position dem eigenen Idealpunkt am nächsten kommt. Abbildung 1 verdeutlicht diese Überlegungen anhand eines hypothetischen Beispiels in grafischer Form. Person *i* kann sich zwischen drei gemäß Umfrageergebnissen ungefähr gleich starken Parteien A, B und C bei einer Parlamentswahl entscheiden. C und insbesondere A sind auf einer ideologischen Links-Rechts-Dimension rechts der Mitte angesiedelt, während B eine explizit „linke“ Position vertritt. Zudem haben B und C eine Koalition vor der Wahl ausgeschlossen. Wähler *i*, dessen Idealpunkt sich ungefähr in der Mitte dieser Politikdimension befindet, sollte sich gemäß des Distanzmodells für C entscheiden, da er die geringste Distanz zu dieser Partei aufweist und damit eine nur aus C bestehende Regierung seinen Nutzen im Hinblick auf die erwarteten Politikerergebnisse maximieren würde. Wenn *i* aber zusätzlich zu den inhaltlichen Positionen der Parteien auch deren Koalitionsaussagen und die erwarteten Idealpunkte der möglichen Koalitionsregierungen als Entscheidungsgrundlage heranzieht<sup>16</sup>, käme die Koalition AB anstelle der Partei C der Position von *i* am nächsten.

Nun stehen bei Wahlen zum Deutschen Bundestag wie auch zu Parlamenten in anderen modernen Demokratien in der Regel keine Koalitionen, sondern Parteien zur Wahl. Aus dem theoretischen Ansatz von *Bernard Grofman*<sup>17</sup>, der davon ausgeht, dass Wähler die eigentlichen Positionen der Parteien diskontinieren, da letztere im Fall einer Regierungsbeteiligung die Politikinhalt der amtierenden Regierung und damit den Status quo nicht ignorieren können, ergibt sich für *i* aus der Perspektive inhaltlich-ergebnisorientierten Wählens nicht nur der Anreiz, für Partei C zu stimmen, sondern auch – mit Blick auf die Bildung

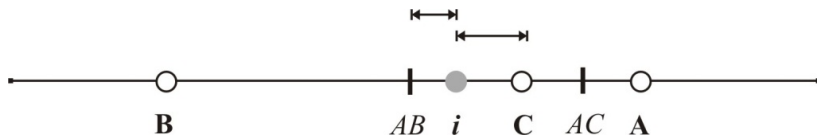
15 Vgl. *Mathias Bargsted / Orit Kedar*, a.a.O. (Fn. 5).

16 Gemäß zahlreicher Studien verteilen sich die Auszahlungen der Parteien im Hinblick auf Ämter und Inhalte proportional zum Anteil der Sitze, die die Regierungsparteien zur Mehrheit der Koalitionsregierung beitragen (vgl. *William Gamson*, A Theory of Coalition Formation, in: *American Sociological Review*, 26. Jg. (1961), H. 3, S. 373 – 382; *Paul V. Warwick / James N. Druckman*, The Portfolio Allocation Paradox: An Investigation Into the Nature of a Very Strong But Puzzling Relationship, in: *European Journal of Political Research*, 45. Jg. (2006), H. 4, S. 635 – 665; *Hanna Bäck / Marc Debus / Patrick Dumont*, Who Gets What in Coalition Governments? Predictors of Portfolio Allocation in Parliamentary Democracies, in: *European Journal of Political Research*, 50. Jg. (2011), H. 4, S. 441 – 478). Daher wird dies auch als Grundlage für die Ermittlung der Erwartungswerte der inhaltlichen Ausrichtung einer Koalition in Abbildung 1 herangezogen.

17 Vgl. *Bernard Grofman*, The Neglected Role of the Status Quo in Models of Issue Voting, in: *Journal of Politics*, 47. Jg. (1985), H. 1, S. 230 – 237; *James F. Adams / Samuel Merrill / Bernard Grofman*, a.a.O. (Fn. 5), S. 23 – 26; *Michael Herrmann*, Moderat bevorzugt, extrem gewählt. Zum Zusammenhang von Präferenz und Wählentscheidung in räumlichen Modellen sachfragenorientierten Wählens, in: *PVS*, 49. Jg. (2008), H. 1, S. 20 – 45.

einer Koalitionsregierung – sich für Partei A oder Partei B zu entscheiden: Eine Koalition dieser beiden würde von  $i$  aufgrund ihrer erwarteten inhaltlichen Ausrichtung und damit der geringen Distanz zur eigenen Position bevorzugt, während der Erwartungswert der inhaltlichen Ausrichtung eines potentiellen Bündnisses aus A und C zwar weiter von der Position des Wählers  $i$  entfernt liegt, jedoch die auf dem Wahlzettel auch real ankreuzbare und  $i$  am nächsten kommende Partei C mit umfassen würde.<sup>18</sup> Insofern ergibt sich aus dem Blickwinkel inhaltlich-ergebnisorientierten Wählens zum einen die Erwartung, dass jene Partei gewählt wird, die den eigenen programmatischen Vorstellungen am nächsten kommt. Zum anderen kann die individuelle Entscheidung auch von der empfundenen Distanz eines Wählers zu den vermuteten ideologischen beziehungsweise politikfeldspezifischen Positionen der möglichen Koalitionen abhängen, wenn im Vorfeld einer Wahl sicher ist, dass keine Partei über eine Mehrheit der Parlamentsmandate verfügen wird.

**Abbildung 1: Wahlentscheidung auf der Grundlage des Distanzmodells bei a priori antizipierten Koalitionen**



Anmerkungen:  $i$  = Wähler; A, B, C = ungefähr gleich starke Parteien; AB, AC = mögliche Koalitionsregierungen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Die inhaltliche Ausrichtung einer Koalitionsregierung ist jedoch für einen Bürger nur schwer auszumachen, da zwar die inhaltlichen Aussagen der Parteien anhand ihrer Programme vor der Wahl bekannt sind, nicht aber die endgültige Sitzverteilung im Parlament, die das Durchsetzungsvermögen bei der Ämterverteilung und den Politikkompromissen maßgeblich bestimmt.<sup>19</sup> Eine Alternative, die die Präferenzen der Wähler hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der künftigen Koalitionsregierung abzubilden vermag, stellen die Haltungen gegenüber potentiellen Koalitionsregierungen und der Wunsch, dass eine bestimmte Parteienkombination die Regierung bildet, dar. Die zentrale Rolle der Koalitionsaussagen im Wahlkampf, die Ergebnisse der Studien zum strategischen Wählen sowie die sich aus obiger Illustration des Distanz-Modells ergebenden Implikationen lassen nicht nur erwarten, dass die Koalitionspräferenzen zwischen Parteianhängern und Parteien kongruent sind, sondern auch, dass das Wahlverhalten von den ideologisch-programmatischen Distanzen zu den Parteien und von den Bewertungen, die bestimmten Parteienkombinationen zugewiesen werden, beeinflusst wird.

Die Bevorzugung einer bestimmten Parteienkombination als Regierungskoalition kann – wie oben diskutiert – aufgrund inhaltlicher Distanzabschätzungen zwischen eigener und erwarteter Position einer Koalitionsregierung erfolgen oder aber auch – allgemeiner – auf

18 Für experimentelle Versuchsanordnungen, die Änderungen in den Koalitionsaussagen der Parteien simulieren vgl. *Thomas Gschwend / Marc Hooghe*, a.a.O. (Fn. 5); *Evelyn Bytzek / Thomas Gschwend / Sascha Huber / Eric Linhart / Michael Meffert*, a.a.O. (Fn. 5).

19 Vgl. *Paul V. Warwick*, a.a.O. (Fn. 13); *ders. / James N. Druckman*, a.a.O. (Fn. 16).



Basis von Sympathien, die ein Wähler einer Koalition entgegenbringt. Somit kann angenommen werden, dass neben den gängigen theoretischen Ansätzen des Wahlverhaltens auch die Präferenz gegenüber bestimmten Koalitionen, mit denen immer auch spezifische Politik-inhalte einhergehen, einen entscheidenden Einfluss auf die Parteiwahl ausübt. Dies sollte insbesondere bei der Bundestagswahl 2009 der Fall gewesen sein, da die Debatte über die Wahrscheinlichkeit verschiedener Koalitionsoptionen den Wahlkampf intensiv prägte.<sup>20</sup> Dieser war durch das Bestehen zweier parteipolitischer Lager aus Union und Liberalen einerseits, SPD und Bündnis 90/Die Grünen andererseits gekennzeichnet, obwohl die Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD in Folge der Bundestagswahl 2005 einen – zumindest kurzfristigen – Einfluss auf die Koalitionsstrategien der im Bundestag vertretenen Parteien hatte.<sup>21</sup> So behielt die SPD nach wie vor ihren Kurs der strikten Absage an ein Bündnis mit der Linken bei. Auch die FDP schloss wenige Wochen vor der Wahl die Bildung einer „Ampelkoalition“ mit Sozialdemokraten und Grünen explizit aus. Tabelle 1 zeigt die sich aus den Koalitionsaussagen der Parteien ergebenden Präferenzreihenfolgen der Koalitionspartner beziehungsweise Koalitionsoptionen aus Sicht der einzelnen Parteien. An erster Stelle finden sich jeweils die aufgrund der Koalitionsaussagen gewünschten Regierungspartner. Im Fall der Union ist dies die FDP, wie auch die Liberalen eine Koalition mit der Union klar bevorzugten. Sozialdemokraten und Grüne präferierten hingegen ein Bündnis ihrer beiden Parteien. Über die größte Anzahl an Alternativen zur Erstpräferenz würde aufgrund der Koalitionsaussagen im Bundestagswahlkampf 2009 die Union verfügen: So liegt an zweiter Stelle eine potentielle Koalition mit Liberalen und Grünen und auf Platz drei eine Neuauflage der Großen Koalition. Auch ein Bündnis nur mit den Grünen war aus Sicht der Union im Bereich des Möglichen. Neben der Option Rot-Grün stand für die Sozialdemokraten die die FDP mit einbeziehende „Ampelkoalition“ an zweiter Stelle; auf dem dritten Rang – analog zur Perspektive von CDU und CSU – rangierte die Fortführung der Großen Koalition. Bündnis 90/Die Grünen und insbesondere die Freien Demokraten verfügten aufgrund ihrer Koalitionsaussagen über drei beziehungsweise zwei Optionen: Für die FDP kam – neben der präferierten „bürgerlichen“ Koalition – ein sozialliberales Bündnis ohne Beteiligung der Grünen in Frage, wobei eine solche Option aufgrund nur äußerst geringer Chancen auf Erringung einer parlamentarischen Mehrheit im Bundestag nicht wirklich zur Diskussion stand. Abgesehen von ihrer Wunschkoalition mit der SPD waren Bündnis 90/Die Grünen offen für eine Koalition mit Sozialdemokraten und FDP, die aber von

20 Vgl. *Thomas Bräuninger / Marc Debus*, Schwarz-Gelb, Schwarz-Rot, Jamaika oder die Ampel? Koalitionsbildungen in Bund und Ländern im Superwahljahr 2009, in: *Zeitschrift für Politikberatung*, 2. Jg. (2009), H. 2, S. 563 – 567; *Thomas Bräuninger / Marc Debus*, Die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2009: Wie wahrscheinlich ist eine Neuauflage der Großen Koalition?, in: *Suzanne S. Schüttemeyer* (Hrsg.), *Politik im Klimawandel: Keine Macht für gerechte Lösungen?*, Baden-Baden 2011, S. 261 – 286; *Ulrich Eith*, Volksparteien unter Druck: Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009, in: *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2009: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden 2010, S. 117 – 129; *Niko Switek*, Unpopulär aber ohne Alternative? Dreier-Bündnisse als Antwort auf das Fünfparteiensystem, in: *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2009: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden 2010, S. 320 – 344; *Evelyn Bytzek / Thomas Gschwend / Sascha Huber / Eric Linhart / Michael Meffert*, a.a.O. (Fn. 5); *Evelyn Bytzek / Sascha Huber*, a.a.O. (Fn. 2).

21 Vgl. *Marc Debus*, a.a.O. (Fn. 2), S. 283 – 286.

**Tabelle 1: Präferenzrangordnung der Bundestagsparteien 2009 im Hinblick auf potentielle Koalitionspartner**

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke
#1	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	SPD	–
#2	FDP, Bündnis 90/ Die Grünen	FDP, Bündnis 90/ Die Grünen	SPD	SPD, FDP	–
#3	SPD	CDU/CSU	–	CDU/CSU	–
#4	Bündnis 90/ Die Grünen	–	–	–	–

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von *Thomas Bräuninger / Marc Debus*, a.a.O. (Fn. 20); *Richard Hilmer*, Bundestagswahl 2009: Ein Wechsel auf Raten, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 1, S. 147 – 180; *Thomas Saalfeld*, Regierungsbildung 2009: Merkel II und ein höchst unvollständiger Koalitionsvertrag, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 1, S. 181 – 206.

den Liberalen in der „heißen Wahlkampfphase“ im Voraus ausgeschlossen wurde, sowie für ein Bündnis mit CDU und CSU. Koalitionen mit der Linken wurden nicht nur von allen anderen Parteien, sondern auch von der Linken selbst abgelehnt.

Gemäß der theoretischen Überlegungen sowie der in Tabelle 1 dargelegten parteispezifischen Präferenzreihenfolgen sollte die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer Partei steigen, wenn sowohl die jeweilige Kombination seitens der beteiligten Parteien präferiert wird als auch die Wähler die entsprechende Koalitionsoption als wünschenswert erachten. Wenn responsives Handeln der parteipolitischen Akteure und damit eine hohe Kongruenz zwischen den Präferenzen von Wählern einerseits und Parteien andererseits vorliegt, dann sollte koalitionsorientiertes Wählen maßgeblich den Koalitionsaussagen und Koalitionspräferenzen der Parteien folgen.

## 2. Daten und methodisches Vorgehen

Um den Einfluss von Koalitionspräferenzen auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 zu testen, wird auf die im Rahmen der German Longitudinal Election Study vor der Bundestagswahl erhobenen Daten (GLES 1103) zurückgegriffen. Diese Wahlstudie beinhaltet neben den auf gängigen theoretischen Ansätzen zur Erklärung des Wahlverhaltens basierenden Variablen wie die soziale Gruppenzugehörigkeit, Kanzlerkandidatenpräferenz, ideologische Distanzen zwischen Wählern und Parteien sowie die den Parteien zugewiesenen Problemlösungskompetenzen auch eine Gruppe an Variablen, die Informationen zur Einstellung der Befragten gegenüber einer Reihe von Koalitionsoptionen bietet. So wurden Bürger gebeten, ihre Einstellung zu acht Koalitionsvarianten – CDU/CSU-SPD, CDU/CSU-FDP, CDU/CSU-Grüne, SPD-FDP, CDU/CSU-FDP-Grüne („Jamaika“), SPD-Grüne, SPD-FDP-Grüne („Ampel“) und SPD-Grüne-Linke – hinsichtlich zweier Kriterien abzugeben.<sup>22</sup> Diese umfassten zum einen die Wahrscheinlichkeit der Bildung einer Koalition auf Basis der vermuteten Bereitschaft einer Partei und zum anderen den Wunsch nach Realisierung einer der acht vorgegebenen Koalitionsoptionen. Das letztgenannte Kriterium wird

22 Vgl. *Evelyn Bytzek / Sascha Huber*, a.a.O. (Fn. 2).



hier als Indikator für den vermuteten Nutzen herangezogen, den ein Befragter hat, wenn sich eine dieser acht Koalitionen bilden sollte. Die Abstufung des Realisierungswunsches einer Koalition erfolgte auf einer Skala von -5 („Koalition überhaupt nicht wünschenswert“) bis +5 („Koalition sehr wünschenswert“). Die zu erklärende Variable stellt die Wahlentscheidung eines Befragten, operationalisiert über die Variable „Wahlabsicht (Zweitstimme)“, dar.

Um die Frage zu beantworten, welchen Einfluss die Präferenzen der Wählerschaft bezüglich verschiedener Koalitionsoptionen auf die Wahlabsicht haben, wird ein statistisches Modell verwendet, das auf bedingten Wahrscheinlichkeiten beruht („conditional logit“).<sup>23</sup> Die abhängige Variable umfasst Informationen darüber, welche Wahlmöglichkeiten ein Befragter hat. Für die Analyse zur Bundestagswahl 2009 konzentriert sich diese Auswahlmöglichkeit auf die fünf im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, da auch nur diese eine Rolle in den Koalitionsspekulationen im Vorfeld der Wahl gespielt haben. Alle möglichen Alternativen, zwischen denen ein Befragter wählen kann, werden in der bedingten logistischen Regression mit bestimmten Merkmalen wie etwa der Distanz auf der ideologischen Links-Rechts-Skala beschrieben. Die geschätzten Koeffizienten geben dann Aufschluss darüber, wie stark der Einfluss der eingeschlossenen Merkmale unter Kontrolle der übrigen unabhängigen Variablen auf die Wahlentscheidung – hier operationalisiert über die Wahlabsicht – ist.

Im Fall der Koalitionspräferenz wird der Wunsch gegenüber jeder der acht abgefragten Koalitionsoptionen in die Analyse eingeschlossen und jeweils allen fünf Auswahlmöglichkeiten und damit der Wahl von Union, SPD, FDP, Grünen oder der Linken zugeordnet. Auf diese Weise kann ermittelt werden, ob nicht nur der Wunsch nach Bildung einer – von Seiten der CDU/CSU wie FDP klar präferierten – „schwarz-gelben“ Koalition die Wahlwahrscheinlichkeit von Union und Liberalen positiv beeinflusst hat, sondern auch die Haltung gegenüber einer Großen Koalition oder einem „Ampel“-Bündnis. Dies lässt zum einen die Überprüfung zu, ob Kongruenz zwischen den Koalitionspräferenzen der Parteien und ihrer Anhänger vorliegt. Zum anderen wird ermittelt, ob und inwiefern das Wahlverhalten auch von der Haltung gegenüber solchen Koalitionsoptionen beeinflusst wird, die nicht im Zentrum der Debatte um spätere Regierungskonstellationen gestanden haben. Jedoch ist durch die Berücksichtigung der Einstellungen gegenüber allen acht abgefragten Koalitionen die klare Zuordnung einer Koalition zu explizit einer Auswahlmöglichkeit und damit die Ermittlung eines parteispezifischen Effekts nicht mehr möglich. Daher muss bei der Spezifizierung der hier durchgeführten bedingten logistischen Regression auf eine Referenzgruppe zurückgegriffen werden, um die Richtung und Signifikanz der Koeffizienten interpretieren zu können.<sup>24</sup> Dies sind in den folgenden Analysen Befragte, die angaben, CDU oder CSU wählen zu wollen.

Zur Kontrolle werden in die empirische Analyse weitere Faktoren, die theoretische Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens widerspiegeln, einbezogen.<sup>25</sup> Die sozialstrukturellen

23 Vgl. *Daniel McFadden*, Conditional Logit Analysis of Qualitative Choice Behaviour, in: *Paul Zarembka* (Hrsg.), *Frontiers in Econometrics*, New York 1974, S. 105 – 142.

24 Vgl. *Mathias Bargsted* / *Orit Kedar*, a.a.O. (Fn. 5), S. 314 – 316.

25 Für eine Übersicht siehe *Jürgen W. Falter* / *Harald Schoen*, *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005; *Franz U. Pappi* / *Susumu Shikano*, *Wahl- und Wählerforschung*, Baden-Baden 2007; *Dieter Roth*, *Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*, Wiesbaden 2008.

Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens werden anhand der Zugehörigkeit eines Wählers zu verschiedenen sozialen Gruppen überprüft. Aufbauend auf der Cleavage-Theorie von *Lipset* und *Rokkan*<sup>26</sup> sind dies im Fall der CDU/CSU Wähler, die mindestens einmal in der Woche den Gottesdienst besuchen. Für die Sozialdemokraten gilt die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft als Indikator für deren Stammwählerschaft. Den Freien Demokraten kann seit Mitte der 1990er Jahre die Berufsgruppe der Selbstständigen und den Grünen Personen mit einem hohen Bildungsabschluss – Abitur oder abgeschlossenes Hochschulstudium – als zentrale Wählerklientel zugeordnet werden.<sup>27</sup> Die ideologische Distanz zwischen einem Befragten und den politischen Parteien wird anhand der quadrierten Differenz zwischen seiner Links-Rechts-Selbsteinstufung und der subjektiv eingeschätzten Position der Parteien auf einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension bestimmt.<sup>28</sup> Der Einfluss von so genannten Valenzissues auf das individuelle Wahlverhalten wird über die den Parteien zugeschriebene Problemlösungskompetenz bemessen. Außerdem wird die Variable „Kanzlerpräferenz“ mit der entsprechenden Frage erfasst.

### 3. Koalitionspräferenzen und Wahlverhalten

Die deskriptive Analyse der gewünschten Koalitionen aus Sicht der Parteianhänger folgt weitgehend den Koalitionsaussagen der Parteien. Die Erstpräferenzen der Wähler mit Wahlabsicht zugunsten von Union, SPD, FDP und Grünen stimmen mit den am stärksten präferierten Koalitionen dieser vier Parteien – einem schwarz-gelben beziehungsweise einem rot-grünen Bündnis – klar überein (vgl. Tabelle 2). Die Anhänger der Linken, die im Wahlkampf eine Oppositionsstrategie propagierte und damit keine Koalitionspräferenzen herausstellte, bewerten lediglich eine potentielle Koalition mit SPD und Grünen sehr positiv, während alle anderen sieben Optionen – abgesehen von einem aus SPD und Grünen bestehenden Bündnis – sehr negativ eingestuft werden.

- 26 Vgl. *Seymour Martin Lipset* / *Stein Rokkan*, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York / London 1967, S. 1 – 64.
- 27 Vgl. *Bernhard Wessels*, Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik, in: *Markus Klein* / *Wolfgang Jagodzinski* / *Ekkehard Mochmann* / *Dieter Ohr* (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Opladen 2000, S. 129 – 155; *Franz U. Pappi* / *Susumu Shikano*, Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54. Jg. (2002), H. 3, S. 444 – 475; *Franz U. Pappi* / *Jens Brandenburg*, Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland: Stabilität und Wandel seit 1980, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62. Jg. (2010), H. 4, S. 459 – 483.
- 28 Im Anschluss an die Studien von *Merrill* sowie *Krämer* und *Rattinger* werden hier die Distanzen zwischen der Position eines Befragten und dessen individueller Einschätzung der Position der jeweiligen Parteien verwendet. Vgl. *Samuel Merrill*, Discriminating Between the Directional and Proximity Spatial Models of Electoral Competition, in: *Electoral Studies*, 15. Jg. (1995), H. 1, S. 53 – 70; *Jürgen Krämer* / *Hans Rattinger*, The Proximity and the Directional Theories of Issue Voting: Comparative Results For the USA and Germany, in: *European Journal of Political Research*, 32. Jg. (1997), H. 1, S. 1 – 29. Da die Position von CDU und CSU separat abgefragt wurde, wird die Links-Rechts-Position der Union insgesamt über das arithmetische Mittel der Positionseinschätzung beider Parteien durch die Befragten bestimmt.

Zum Teil deutliche Unterschiede ergeben sich jedoch hinsichtlich der Zweit- und Drittpreferenzen der Parteianhänger. So liegt bei den Wählern der CDU/CSU die Fortsetzung des Bündnisses mit den Sozialdemokraten auf Platz zwei der Rangfolge und nicht die um die Grünen erweiterte Koalition mit den Liberalen. Auch Befragte mit SPD-Wahlabsicht ziehen die Fortsetzung der Großen Koalition einem etwaigen „Ampelbündnis“ vor, das nur auf Platz 5 in der Präferenzreihenfolge sozialdemokratisch orientierter Wähler liegt. Trotz der Ablehnung seitens der SPD-Parteiführung um *Franz Müntefering* und den Kanzlerkandidaten *Frank-Walter Steinmeier* liegt nach Rot-Grün und der Großen Koalition ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linken auf dem dritten Platz der SPD-Anhänger. Auch im Fall der Grünen stimmen Zweitpräferenz aus Perspektive der Parteiführung und aus der Sicht der Parteianhänger nicht überein: Eine Dreierkoalition mit SPD und FDP ist – knapp hinter einer „Linkskoalition“ – nur die dritte Wahl. Eindeutig ist hingegen die Koalitionspräferenz der FDP-Wähler: Die von der liberalen Parteispitze klar präferierte Koalitionsoption – ein Bündnis mit der Union – erhält im Vergleich zu allen anderen in Tabelle 2 aufgeführten Bewertungen die höchste Sympathie unter den Anhängern der Liberalen. An zweiter Stelle sehen die Befragten mit einer Wahlabsicht zugunsten der Freien Demokraten im Mittel eine „Jamaika-Koalition“, die jedoch nur knapp vor einer sozialliberalen Option rangiert.

Insgesamt betrachtet liegen somit große Schnittmengen in den Koalitionspräferenzen zwischen den Parteien und ihren Anhängern vor, die sich jedoch bei den am zweit- und drittstärksten präferierten Koalitionsoptionen deutlich unterscheiden können. Dies betrifft vor allem die Anhänger von SPD und Grünen in ihrer Bewertung einer gemeinsamen Koalition mit der Linken. Diese Ergebnisse können – wenn man die theoretischen Überlegungen anhand der in Abbildung 1 dargestellten hypothetischen Konstellation berücksichtigt

**Tabelle 2: Koalitionspräferenzen der Wähler nach Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2009**

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Insgesamt
CDU/CSU-FDP	2.22 (2.49) <b>1</b>	-2.34 (2.08) <b>7</b>	2.41 (2.29) <b>1</b>	-2.35 (2.25) <b>8</b>	-2.93 (2.23) <b>8</b>	-0.34 (3.31) <b>1</b>
CDU/CSU-SPD	-0.73 (2.85) <b>2</b>	-0.20 (2.67) <b>2</b>	-1.68 (2.51) <b>6</b>	-1.43 (2.45) <b>6</b>	-2.10 (2.46) <b>5</b>	-1.01 (2.74) <b>3</b>
CDU/CSU-Grüne	-0.98 (2.39) <b>3</b>	-2.32 (1.85) <b>6</b>	-1.43 (2.16) <b>4</b>	-0.73 (2.16) <b>4</b>	-2.54 (2.22) <b>6</b>	-1.59 (2.32) <b>7</b>
CDU/CSU-FDP-Grüne	-0.98 (2.51) <b>4</b>	-2.54 (1.99) <b>8</b>	-0.89 (2.35) <b>2</b>	-1.64 (2.14) <b>7</b>	-2.56 (2.14) <b>7</b>	-1.70 (2.37) <b>8</b>
SPD-Grüne	-2.39 (2.09) <b>5</b>	1.45 (2.31) <b>1</b>	-1.94 (2.29) <b>7</b>	1.95 (2.20) <b>1</b>	0.51 (2.64) <b>2</b>	-0.38 (2.90) <b>2</b>
SPD-FDP	-2.54 (1.92) <b>6</b>	-0.47 (2.42) <b>4</b>	-1.04 (2.29) <b>3</b>	-1.30 (2.17) <b>5</b>	-2.05 (2.21) <b>4</b>	-1.58 (2.34) <b>6</b>
SPD-FDP-Grüne	-2.67 (1.98) <b>7</b>	-0.56 (2.52) <b>5</b>	-1.51 (2.43) <b>5</b>	-0.34 (2.35) <b>3</b>	-1.55 (2.46) <b>3</b>	-1.50 (2.48) <b>5</b>
SPD-Grüne-Linke	-3.35 (1.90) <b>8</b>	-0.40 (2.81) <b>3</b>	-2.68 (2.42) <b>8</b>	-0.23 (2.68) <b>2</b>	2.07 (2.64) <b>1</b>	-1.24 (3.12) <b>4</b>

Anmerkungen: Tabelleneinträge sind die arithmetischen Mittelwerte der Koalitionspräferenz, die von -5 („überhaupt nicht wünschenswert“) bis +5 („sehr wünschenswert“) reichen kann. Standardabweichung in Klammern; Rang der Koalitionsoption nach Wahlabsicht in Fettdruck. Die am stärksten präferierte Koalition ist grau hinterlegt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des GLES-Datensatzes 1103.

– dazu führen, dass ein eigenständiger Einfluss der Koalitionspräferenzen auf die Wahlentscheidung auch unter Kontrolle weiterer, das individuelle Wahlverhalten beeinflussenden Faktoren vorliegt.

Um dies zu untersuchen, werden zwei Regressionsmodelle berechnet. Das erste umfasst lediglich die Variablen, die Auskunft über den Grad des Wunsches geben, dass eine der acht vorgegebenen Koalitionen nach der Bundestagswahl 2009 die künftige Regierung bildet. Im zweiten Regressionsmodell werden zusätzlich zu diesen Variablen noch solche Faktoren berücksichtigt, denen gemeinhin ein Einfluss auf das Wahlverhalten zugeschrieben wird.

Gemäß den Ergebnissen des ersten Regressionsmodells, die in Tabelle 3 abgetragen sind, üben die Koalitionspräferenzen der Wähler einen deutlichen Einfluss auf die Wahlabsicht aus, der in den meisten Fällen auch mit den Koalitionsaussagen der Parteien übereinstimmt. Dies gilt insbesondere für ein CDU/CSU-FDP-Bündnis wie auch für eine rot-grüne Koalition als den beiden von den beteiligten Parteien am stärksten präferierten Optionen. So sinkt – im Vergleich zur Wahlabsicht zugunsten der Union – die Chance in statistisch signifikanter Weise ab, SPD, Bündnis 90/Die Grünen oder die Linke zu wählen, je stärker eine christlich-liberale Koalition für wünschenswert erachtet wird. Die Wahr-

**Tabelle 3: Einfluss der Koalitionspräferenzen auf die Wahlabsicht, Bundestagswahl 2009**

	SPD	FDP	Grüne	Linke
CDU/CSU-FDP	-0.592 (0.061)***	0.118 (0.049)**	-0.511 (0.060)***	-0.445 (0.061)***
CDU/CSU-Grüne	-0.325 (0.088)***	-0.210 (0.063)***	0.118 (0.082)	-0.211 (0.082)**
CDU/CSU-FDP-Grüne	-0.223 (0.092)**	0.002 (0.065)	-0.071 (0.085)	-0.013 (0.091)
CDU/CSU-SPD	0.032 (0.055)	-0.248 (0.049)***	-0.245 (0.056)***	-0.203 (0.057)***
SPD-Grüne	0.450 (0.070)***	0.002 (0.070)	0.598 (0.073)***	0.066 (0.080)
SPD-FDP-Grüne	0.155 (0.091)*	0.186 (0.080)**	0.179 (0.092)*	0.039 (0.087)
SPD-FDP	0.455 (0.083)***	0.403 (0.077)***	0.137 (0.082)*	0.181 (0.083)**
SPD-Grüne-Linke	0.137 (0.055)**	0.188 (0.057)***	0.134 (0.052)***	0.632 (0.063)***
Anzahl der Alternativen	6500			
Anzahl der Fälle	1300			
Log pseudolikelihood	-1192.76			
Mc Fadden's Pseudo R <sup>2</sup>	0.43			
AIC	2449.51			
IIA-Test	0.995			
Anmerkungen: CDU/CSU-Wahlabsicht ist die Referenzkategorie. Robuste Standardfehler in Klammern; *** p ≤ .001, ** p ≤ .01, * p ≤ .05. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des GLES-Datensatzes 1103.				

scheinlichkeit der FDP-Wahl wird von der Haltung gegenüber einer „schwarz-gelben“ Koalition ebenfalls positiv beeinflusst. Je wünschenswerter dieses Bündnis angesehen wurde, desto stärker wuchs die Wahrscheinlichkeit an, die Liberalen anstelle der Union zu wählen. Die Chance, SPD oder Grüne anstatt CDU/CSU zu wählen, steigt ebenfalls erwartungsgemäß deutlich an, wenn ein rot-grünes Bündnis präferiert wird. Im Fall der nicht a priori ausgeschlossenen, jedoch von Seiten der Parteien nicht unbedingt bevorzugten Option Schwarz-Grün ergeben sich keine überraschenden Effekte: So wird die Wahrscheinlichkeit der Grünen-Wahl nicht von einer solchen Koalitionspräferenz beeinflusst, wohingegen die Wahrscheinlichkeit der Wahl von SPD, FDP und der Linken zugunsten der Union signifikant zurückgeht, wenn ein Befragter hohe Sympathien für eine Koalition aus Union und Grünen hegte. Ähnliches gilt für eine „Jamaika-Koalition“: Hier zeigt sich im Fall der SPD ein signifikant negativer Effekt auf die Wahlabsicht, was impliziert, dass Wähler, die ein schwarz-gelb-grünes Bündnis vorzogen, verstärkt die Union zu wählen beabsichtigten. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass in der Beurteilung der Koalitionen nicht nur Kongruenz zwischen den Parteien und ihren Anhängern besteht, sondern auch, dass die von den Parteien ausgesandten Koalitionssignale sich positiv auf die Wahl bestimmter Parteien – der FDP bei einer ausgeprägten Präferenz für Schwarz-Gelb sowie der SPD und Grünen beim Wunsch nach Bildung einer rot-grünen Koalition – ausgewirkt haben. Letzteres gilt jedoch nicht im Falle solcher Parteienkombinationen, die von den beteiligten Parteien nicht als künftige Koalitionsregierung präferiert wurden.

Ein polarisierender Effekt geht hingegen vom Grad des Fortsetzungswunsches der Großen Koalition aus. So sinkt die Wahrscheinlichkeit signifikant ab, eine der drei kleineren Parteien zu wählen, umso mehr ein Bündnis aus Union und Sozialdemokraten als wünschenswert erachtet wird, wobei die Chance, verstärkt SPD statt Union bei einer ausgeprägten Präferenz für eine Große Koalition zu wählen, statistisch nicht nachweisbar ist. Dies macht deutlich, wie sehr die Wahl von Liberalen, Grünen und Sozialisten von der Ablehnung der Regierung *Merkel / Steinmeier* beeinflusst worden ist, während die positiv ausgerichteten Koalitionssignale der Parteien in der Regel darauf hingewirkt haben, die an den Vorwahlkoalitionen CDU/CSU-FDP und SPD-Grüne beteiligten Parteien zu wählen. Allerdings ergeben sich für die beiden a priori ausgeschlossenen Parteienkombinationen aus SPD, FDP und Grünen einerseits sowie aus Sozialdemokraten, Grünen und Linken andererseits Ergebnisse, die nicht mit der Haltung der Partei übereinstimmen. So steigt – wiederum im Vergleich zur Unions-Wahl – die Wahrscheinlichkeit signifikant an, nicht nur SPD und Grüne, sondern auch die Freien Demokraten zu wählen, wenn eine „Ampelkoalition“ als wünschenswert erachtet wird. Ebenso nimmt die Chance zu, eher SPD, Grüne, die Linke und – überraschenderweise – die FDP anstelle von CDU/CSU zu wählen, je mehr eine Linkskoalition präferiert wird.

Das in Tabelle 4 wiedergegebene zweite Modell der Regressionsanalyse schließt zusätzlich zu den Koalitionspräferenzen der Wähler Variablen ein, die sozialstrukturelle und kandidatenorientierte Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens wie auch an Themen und Inhalten ausgerichtete Wahlen reflektieren – in Form von den Parteien zugewiesenen Problemlösungskompetenzen einerseits und ideologischen Distanzen zwischen Wähler und Parteien andererseits. Von der sozialen Gruppenzugehörigkeit gingen auch 2009 signifikante Effekte auf das Wahlverhalten aus. So neigten Selbstständige überdurchschnittlich stark zur Wahl der FDP im Vergleich zur Wahl der Unionsparteien, wohingegen eine hohe Kirchengangshäufigkeit nur die Wahrscheinlichkeit der Wahl der Liberalen zugunsten der CDU/CSU signifi-

**Tabelle 4: Einfluss der Koalitionspräferenzen auf die Wahlabsicht, Bundestagswahl 2009 (erweitertes Modell)**

	SPD	FDP	Grüne	Linke
Sozialstruktur				
Kirchgangshäufigkeit	-0.512 (0.685)	-2.107 (1.075)*	-1.691 (1.036)	0.458 (0.706)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	0.534 (0.463)	0.424 (0.439)	0.822 (0.481)*	0.902 (0.465)*
Hohe Bildung	-0.219 (0.395)	0.244 (0.334)	0.680 (0.364)*	-0.828 (0.444)*
Selbstständige Tätigkeit	-0.648 (0.636)	1.062 (0.493)**	0.351 (0.504)	-0.521 (0.688)
Kandidaten				
Kanzlerkandidat: <i>Steinmeier</i>	2.212 (0.494)***	0.482 (0.571)	0.987 (0.563)*	0.635 (0.558)
Kanzlerkandidatin: <i>Merkel</i>	-0.792 (0.285)***	-0.846 (0.299)***	-1.367 (0.341)***	-0.965 (0.331)***
Issues und Distanzen				
Problemlösungskompetenz	1.605 (0.113)***			
Ideologische Distanz (Links-Rechts-Dimension)	-0.077 (0.012)***			
Koalitionspräferenz				
CDU/CSU-FDP	-0.329 (0.060)***	0.288 (0.072)***	-0.304 (0.071)***	-0.250 (0.079)***
CDU/CSU-Grüne	0.006 (0.084)	-0.093 (0.078)	0.301 (0.093)***	-0.162 (0.107)
CDU/CSU-FDP-Grüne	-0.068 (0.085)	-0.021 (0.077)	-0.072 (0.094)	-0.000 (0.107)
CDU/CSU-SPD	0.041 (0.059)	-0.120 (0.057)**	-0.129 (0.069)*	-0.095 (0.071)
SPD-Grüne	0.240 (0.075)***	0.027 (0.091)	0.447 (0.093)***	0.027 (0.090)
SPD-FDP-Grüne	0.059 (0.092)	0.196 (0.099)**	0.176 (0.107)	0.141 (0.104)
SPD-FDP	0.133 (0.084)	0.242 (0.090)***	-0.044 (0.094)	-0.077 (0.103)
SPD-Grüne-Linke	-0.060 (0.066)	0.027 (0.075)	-0.113 (0.069)	0.295 (0.088)***
Anzahl der Alternativen	6040			
Anzahl der Fälle	1208			
Mc Fadden's Pseudo R <sup>2</sup>	0.60			
Log pseudolikelihood	-771.81			
AIC	1659.61			
IIA-Test	.996			
Anmerkungen: CDU/CSU-Wahlabsicht ist die Referenzkategorie. Robuste Standardfehler in Klammern; *** p ≤ .001, ** p ≤ .01, * p ≤ .05. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des GLES-Datensatzes 1103.				



kant abschwächte. Dass häufiger Kirchgang nicht die Chancen der Wahl von SPD, Grünen und Linken im Vergleich zur Wahl von CDU oder CSU signifikant beeinflusst, deutet auf eine eher geringe Prägekraft des religiös-konfessionellen Cleavages bei der Bundestagswahl 2009 hin. Befragte mit hoher Bildung tendierten eher dazu, Bündnis 90/Die Grünen anstelle der Christdemokraten zu wählen, während die Chancen von Befragten mit Abitur oder höherem Bildungsabschluss im Vergleich zur Union sinken, die Linke zu wählen. Ein überraschendes Ergebnis zeigt sich bei Befragten mit gewerkschaftlicher Bindung: Der hier erwartete positive Effekt zugunsten der SPD-Wahl im Vergleich zur Entscheidung für die CDU/CSU tritt nicht zu Tage. Vielmehr nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, Grüne und Linke statt der Unionsparteien zu wählen, wenn ein Befragter eine Bindung an eine Gewerkschaft aufweist. Offenbar hat sich die Entfremdung von Gewerkschaften und SPD aufgrund der wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen der rot-grünen Regierung wie auch der Großen Koalition dahingehend ausgewirkt, dass sich gewerkschaftsgebundene Wähler von den Sozialdemokraten als ihrem traditionellen Partner auf politischer Ebene abwenden und zunehmend in Grünen und Linken ihre neuen Interessenvertreter sehen.<sup>29</sup>

Die Effekte, die sich aufgrund der Kanzlerkandidatenpräferenz der Wähler auf deren Wahlabsicht ergeben, entsprechen ebenfalls weitgehend den Erwartungen. So steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahl von SPD und Grünen im Vergleich zur Wahl der Union signifikant an, wenn *Frank-Walter Steinmeier* (SPD) als Kanzler bevorzugt wird; hingegen nimmt die Chance, SPD, Grüne, Linke und – überraschenderweise – die FDP statt die Union zu wählen, ab, wenn die Befragten angaben, *Angela Merkel* als Kanzlerin zu präferieren. Auch die Problemlösungskompetenz und ideologische Distanzen zwischen Wählern und Parteien widerspiegelnden Variablen weisen die erwartete Richtung auf: Je eher einer Partei zugetraut wird, das als am wichtigsten empfundene Problem zu lösen, desto eher wird ein Befragter diese Partei wählen. Gleiches gilt für die subjektiv wahrgenommenen ideologischen Distanzen. Mit anwachsendem ideologischen Abstand zwischen Befragten und Parteien geht die Chance zurück, sich für eine der um Stimmen werbenden Parteien zu entscheiden.

Letzteres Ergebnis macht deutlich, dass – unter Kontrolle gängiger Faktoren, denen ein Einfluss auf das Wahlverhalten zugeschrieben wird – nicht nur interessenorientiertes, sondern auch an künftigen Politikergebnissen ausgerichtetes Wählen im Sinne einer Präferenz für jene Partei, deren Idealposition am nächsten zur eigenen inhaltlichen Ausrichtung liegt, besteht. Wie im theoretischen Abschnitt dieses Beitrages argumentiert, können die Wähler vor dem Hintergrund der Kenntnis, dass die Bildung einer Alleinregierung in Deutschland auf Bundesebene als nahezu ausgeschlossen gelten kann, ihre Entscheidung auch aufgrund ihrer Koalitionspräferenz treffen, da die erwartete inhaltliche Ausrichtung einer Koalition mitunter näher an der eigenen ideologisch-programmatischen Position liegen kann als jene einer einzelnen Partei. Als Näherungsindikator für den Nutzen, der sich aus der parteipolitischen Zusammensetzung einer Regierung für einen Wähler ergibt, wurde hier der Grad des Wunsches auf Bildung eines bestimmten Bündnisses herangezogen. Die in Tabelle 4 präsentierten Ergebnisse der bedingten logistischen Regression machen deutlich, dass diese Koalitionspräferenzen auch dann noch einen Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben, wenn für weitere, theoretisch hergeleitete Determinanten kontrolliert wird. Zwar verlieren im Ver-

29 Vgl. *Franz U. Pappi / Jens Brandenburg*, a.a.O. (Fn. 27), S. 479.

gleich zu den in Tabelle 3 präsentierten Regressionsergebnissen die Koeffizienten mancher vorgegebener Koalitionsoptionen an statistischer Signifikanz. Dennoch bleiben die Effekte insbesondere der von den Parteien stark favorisierten Optionen von Bedeutung. So wirkt sich der Wunsch nach Bildung einer CDU/CSU-FDP-Koalition negativ auf die Chancen aus, SPD, Grüne und PDS zu wählen, während die Chance auf Wahl der FDP im Vergleich zur Union in statistisch signifikanter Form ansteigt. Wird eine rot-grüne Koalition präferiert, steigt im Vergleich zur Wahrscheinlichkeit, die Unionsparteien zu wählen, die Chance der Wahl von SPD und Bündnisgrünen signifikant an. Ebenso wirkt sich noch immer ein Wunsch nach Fortsetzung der Großen Koalition negativ auf die Wahl von Grünen und Freien Demokraten aus. Des Weiteren hat eine Präferenz der Wähler für die von den Grünen wie auch der Union nicht ausgeschlossene, aber auch nicht in besonderem Ausmaß gewünschte schwarz-grüne Koalition einen positiven Effekt auf die Wahl der Grünen, was ein Anzeichen für die wachsende Akzeptanz solcher auf Ebene der Bundesländer seit Frühjahr 2008 bereits erprobter Koalitionen insbesondere bei der Wählerschaft der Grünen sein kann.

Die Effekte derjenigen Kombinationen, die von den Parteien a priori ausgeschlossen wurden, wirken sich weitgehend in erwarteter Weise auf die Wahlabsicht aus. Ein ausgeprägter Wunsch nach Bildung einer „Jamaika-Koalition“ hat weder einen positiven Einfluss auf die Wahl der Grünen noch auf die der FDP im Vergleich zur Wahrscheinlichkeit der Wahl der Union. Wird die Realisierung einer von SPD und Grünen ausgeschlossenen Linkskoalition mit den Sozialisten verstärkt präferiert, so steigert dies nur die Wahrscheinlichkeit, die Linke anstatt CDU/CSU zu wählen, wohingegen die Chance der SPD- und Grünen-Wahl nicht signifikant beeinflusst wird. Etwas überraschend sind hingegen die Ergebnisse, die sich bei einem verstärkten Wunsch nach Bildung einer „Ampelkoalition“ zeigen, die SPD und Grüne, nicht aber die FDP als Option einer künftigen Regierungszusammensetzung ansahen. Wenn ein solches Bündnis von Seiten der Wähler als wünschenswert erachtet wird, steigt im Vergleich zur CDU/CSU-Wahl nicht die Wahrscheinlichkeit der Wahl von SPD und Grünen, sondern der Liberalen an. Gleiches gilt für die – im Wahlkampf allerdings kaum thematisierte – sozialliberale Koalition. Offenbar steigert – unter Nichtbeachtung der von der liberalen Parteispitze ausgesandten Koalitionssignale – die bloße Präsenz der FDP in einer Koalitionsoption generell die Chance zur Wahl der Liberalen, während die Wahrscheinlichkeit der Wahl von SPD und Grünen nur dann positiv beeinflusst wird, wenn die entsprechende Parteienkombination nicht vorab ausgeschlossen wurde.

#### 4. Koalitionspräferenzen: wichtige Bestimmungsgröße für Wahlverhalten und Regierungsbildung

Studien zum taktischen wie auch ergebnisorientierten Wählen einerseits und theoretisch-normative Ansätze des responsiven Handelns parteipolitischer Akteure in modernen Demokratien andererseits legen nahe, dass Koalitionsaussagen nicht nur eine zentrale Orientierungshilfe bei der Wahlentscheidung bieten, da ein späteres Abweichen von einem großen Vertrauens- und damit Wählerverlust gekennzeichnet wäre. Vielmehr bieten sich in Kombination mit auf inhaltlich-programmatischen Distanzen aufbauenden Theorien des Wahlverhaltens Anreize für die Wähler, sich nicht nur aufgrund der perzipierten inhaltlichen Positionen der Parteien zu entscheiden, sondern ihre Wahl auch aufgrund der erwarteten Standpunkte möglicher Koalitionen zu treffen.

Die empirische Analyse anhand der Daten der deutschen Wahlstudie 2009 hat gezeigt, dass die Koalitionswünsche der Wähler weitgehend denjenigen der Parteien folgen. Zudem üben – auch unter Kontrolle einer Reihe weiterer, das individuelle Wahlverhalten beeinflussender Faktoren – die Koalitionsppräferenzen der Wähler einen entscheidenden Einfluss auf ihre Entscheidung an der Wahlurne aus. Es gibt somit zumindest für die Bundestagswahl 2009 empirische Evidenz dafür, dass das Wahlverhalten nicht nur von parteizentrierten Faktoren beeinflusst wird, sondern die Wähler – in Erwartung der Bildung einer Mehrparteienregierung – auch ihre Haltungen gegenüber verschiedenen Koalitionsoptionen als Grundlage für ihre Entscheidung berücksichtigen. Zwar folgt das Elektorat weitgehend den a priori getätigten Koalitionsaussagen der Parteien. Allerdings gibt es einige signifikante Ausnahmen wie etwa die zunehmende Wahrscheinlichkeit der FDP-Wahl, wenn der Wunsch nach Bildung eines sozialliberalen Bündnisses oder gar einer „Ampelkoalition“ anwächst. Diesem Ergebnis zufolge müssten die Freien Demokraten nicht unbedingt mit Stimmenverlusten rechnen, wenn sie sich gegenüber SPD und Grünen koalitionspolitisch öffnen und somit das den deutschen Parteienwettbewerb und die Muster der Regierungsbildung maßgeblich strukturierende Lagerverhalten auflockern würden. Gleiches gilt für die Grünen und die Option einer gemeinsamen Regierung mit der Union: Da Sympathien gegenüber Schwarz-Grün die Wahlwahrscheinlichkeit der Grünen anwachsen lassen, besteht – trotz des vorzeitigen Endes der Koalition aus CDU und Grün-Alternativer Liste in Hamburg im November 2010 – auch für die Parteiführung der Grünen der Anreiz, sorgsamer mit vor der Wahl getätigten Ablehnungen potentieller Koalitionen umzugehen. Aus dieser Perspektive besteht – auch aufgrund der möglichen Verschiebungen des Parteiensystems durch das Aufkommen der Piratenpartei<sup>30</sup> – Hoffnung auf einen weniger durch vorab festgelegte und ausgeschlossene Koalitionen charakterisierten Bundestagswahlkampf 2013.

Aus den hier präsentierten Ergebnissen lassen sich nicht nur Schlussfolgerungen hinsichtlich des Wahlverhaltens in politischen Systemen, die durch Koalitionsregierungen gekennzeichnet sind, ziehen, sondern auch Implikationen für die theoretische Modellierung der Regierungsbildung ableiten. Da die Koalitionsppräferenzen der Wähler einen sichtbaren Effekt auf die Wahlabsicht ausüben, sollten die Parteien die Koalitionswünsche ihrer Anhänger bei der Regierungsbildung mit einbeziehen, um die inhaltlichen-programmatischen Positionen der Wähler, die sich hinter den Koalitionswünschen verbergen können, möglichst weitgehend bedienen und so den Stimmenanteil bei kommenden Wahlen halten oder ausbauen zu können. Gängige Theorien der Regierungsbildung umfassen die Koalitionsppräferenzen der Wähler jedoch nur in der Form, dass sie durch die Stärke der Parteien im Parlament und deren inhaltliche Präferenzen reflektiert werden.<sup>31</sup> Die hier vorgelegten Ergebnisse bilden somit auch einen Anreiz, Theorien der Regierungs- und Koalitionsbildung derart zu erweitern, dass Informationen zu den Präferenzen des Elektorats hinsichtlich möglicher Koalitionen in die theoretische Modellierung und empirische Analyse von Regierungsbildungsprozessen systematisch aufgenommen werden, um somit neben Aspekten des „office-seeking“ und „policy-seeking“ auch das Stimmenmaximierungskalkül parteipolitischer Akteure mit koalitionspolitischen Fragestellungen zu kombinieren.

30 Vgl. Oskar Niedermayer, Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 4, S. 838 – 854.

31 Vgl. für eine Übersicht Wolfgang C. Müller, Government Formation, in: Todd Landmann / Neil Robinson (Hrsg.), The SAGE Handbook of Comparative Politics, Los Angeles 2009, S. 227 – 245.